

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Preis pro Heft monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Verlags-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Halle, Berthelstraße 14.

Abbestellungspreis: 13 Pfennig für den Zehner, 1.20 Mark für den Monat, 3.60 Mark für den Vierteljahr, 12.00 Mark für den Halbjahr, 24.00 Mark für den Jahrgang. Abbestellungsfrist: 15 Tage vor Ablauf des Monats. Adressänderungen: 10 Pfennig. Halle. Postamt: Halle. Postfach: 10068. Halle. Postfach: 10068. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Sonnabend, 23. April 1927

7. Jahrgang * Nr. 95

Provokatorischer Schiedsspruch im Bergbau

10 1/2 Stunden im Tagebau und Abraum, 11 Stunden in Briffettfabriken
Bergarbeiter! Gebt morgen auf der Konferenz in Halle die Antwort:

Schluß mit dem Schlichtungsschwindel! Am 2. Mai nach 8 Stunden heraus aus den Betrieben!

(RTB.) Berlin, 22. April.

In der Arbeitszeitfreiheit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurde nach zweitägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, der mit Wirkung vom 1. Juni an eine Verkürzung der Schichtzeit im Gruben- und Abraumbetrieb von 12 auf 10 1/2 Stunden, in Briffettfabriken, Kesselfabriken, Schmelereien und anderen durchlaufenden Betrieben von 1. Oktober an eine Verkürzung der Schichtzeit von 12 auf 11 Stunden vorsieht. Diese Regelung läuft unfähig bis zum 30. Juni 1928 und ist von da an mit leistungsfähiger Frist zum Weiterbeschluß fähig. Die Parteien haben sich bis zum 25. April über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären.

Das Reichsarbeitsministerium hat die Hoffnungen der Braunkohlenarbeiter nicht erfüllt. Ihre Wünsche werden durch den Schiedsspruch restlos erfüllt. Wenn der Schiedsspruch überhaupt eine Verkürzung der Schichtzeit im Tagebau und Abraumbetrieb vorsieht, die um eine halbe Stunde über den Vorschlag des Schlichtungsausschusses der Selbstständigen hinausgeht, so darf kein Arbeiter sich dadurch betören lassen. Der vollständige Text des Schiedspruches liegt noch nicht vor, es ist aber anzunehmen, daß jene untragbaren Bestimmungen des Entwurfs, wonach der Zwölftstundentag in jedem Falle unverändert bleiben muß, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes erfordern, auch im Schiedsspruch erhalten sein werden. Das bedeutet in der Praxis, daß die Unternehmer in der überzogenen Mehrzahl der Fälle die Möglichkeit haben, jede Verkürzung der Arbeitszeit zu sabotieren und den bisherigen zwölf-, dreizehn- und sechzehnstündigen Arbeitstag zu erhalten.

Der Schiedsspruch ist auch in sonstiger Hinsicht eine reine Kopie des Entwurfs. So wird die neue Arbeitszeit erst mit Wirkung vom 1. Juni an vorgezogen, einzig weil das Gutachten, dieses inamerliche Maßwerk von Schwindeln und Ignoranten, dies für „wirtschaftlich nötig“ erklärt.

Wachsende sind die Bestimmungen betreffs der Briffettfabriken und Schmelereien. Hier soll die Verkürzung der Schichtzeit eine Stunde betragen und erst vom 1. Oktober an in Gültigkeit treten. Diese Sonderbestimmungen sind ein Ertragsgeld für die großen mitteldeutschen Briffettfabriken, die im Laufe der letzten Jahre die glänzendsten Geschäfte gemacht haben. Die Verkürzung des 11- und 12-Stunden-Tages für die Schmelereien ist ferner ein besonderer Wunsch des Trustkapitals, das in Mitteldeutschland sich jetzt auf die Braunkohlen-Delegierung und Bergbau geworfen hat (Chemnitz, Riesa-Montau, H.G.). Wenn man bedenkt, daß der Lohnanteil hier noch viel geringer ist als im eigentlichen Bergbau, so wird der beispiellose Schwindel der Beratung auf wirtschaftliche Notwendigkeit besonders deutlich.

Für den Tagebau steht der Schiedsspruch überhaupt keine Verkürzung der Arbeitszeit vor. Auch die vollständig in Uebereinstimmung mit dem besten Gutachten.

Der Gipfelpunkt des Standals wird erreicht durch die Festschließung des neuen Schiedspruches. Danach soll diese Regelung bis zum 30. Juni 1928 unfähig laufen, so daß den Bergarbeitern 15 Monate lang jede Möglichkeit genommen werden soll, ihr Votum zu äußern.

„Was wird Herr Brauns tun?“ Diese Frage wurde in dummschauer Weise in der sozialdemokratischen Presse gestellt. Natürlich mit dem Zweck, die Zeit der Kampfmobilisierung mit unartigem Warten zu verbringen.

Die Antwort ist eingetroffen. Sie beschränkt sich auf unsere Voraussetzungen. Wir schreiben: „Schiedspruchverbindlichkeits-erklärungen können in keinerlei Eile hinterherher erfolgen. Man will die Bergarbeiter vor vollendete Tatsachen stellen.“ Der Schiedsspruch befähigt auch in dieser Hinsicht unsere Einschätzung der Pläne der Unternehmerrunde. Bis zum 25. April, d. h. bis Montag, sollen sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung erklären. Dann erfolgt die Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers, durch welche das Schiedspruchverbot der Braunkohlenarbeiter in „gesetzlichen Formen“ für weitere einhalb Jahre verhängt werden soll.

Was wird der Bergarbeiterverband tun? Der Schiedsspruch abzulehnen. Darüber besteht freilich kein Zweifel. Aber das interessiert die 80 000 Bergarbeiter in Mitteldeutschland

wieviel am allerwenigsten. Bekanntlich hat der Bergarbeiterverband Ende Dezember 1926 den Schiedsspruch aus abgelehnt, um näher vor der Verbindlichkeitsklärung zu kapitulieren. Die Ablehnung des Schiedspruches ist ohne Kampfanfang der Verbindlichkeitsklärung und dem gesamten Schlichtungsschwindel eine leere Geste. Noch mehr: eine gefährliche Täuschung der Arbeiterklasse!

Der Plan einer völligen Knebelung der Arbeitszeit durch die Verbindlichkeitsklärung ist so deutlich, daß ihn auch der letzte indifferente Arbeiter durchschauen muß. Und der Bergarbeiterverband? Bis jetzt sind die Gewerkschaftsführer auf die Frage: „Was geschieht nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches?“ die Antwort schuldig geblieben.

In diesen Tagen, heute und morgen, müssen die Bergarbeiter noch einmal ihre Stimme erheben und wiederholen, was in diesen Wochen in Landtagen von Gewerkschaften und Distriktsräten in den Gruben zu hören ist: „Wir sind bereit, unter der Führung der freien Gewerkschaften zu kämpfen. Wir haben deshalb uns in die Listen eingetragen. Aber wir wollen uns dann nicht durch die Beratung auf die heiligen Gehege vom Kampf abdrängen lassen.“

Wir steigen auf die Maßstäbe dieses Parlaments der Kaufleute und Arbeiterhändler.

Die Führung des Bergarbeiterverbandes hat noch die Gelegenheit, das Verbot nachzuholen, die solange verschleppte Mobilisierung der Betriebe angesichts des provokatorischen Schiedspruches nun doch anzuordnen und endlich einmal ihre Aufgabe zu erfüllen. Geht dies nicht, so werden die Arbeiter sehen, was sie von dem Versprechen der reformistischen Führer zu halten haben. Die Zeiten sind vorüber, wo man der Frage der Verantwortung durch eine billige Hege gegen die Kommunisten ausweichen konnte. Die Bergarbeiter in den größten und wichtigsten Gruben haben erkannt, daß es den opportunistischen Gewerkschaften nur darauf ankommt, die Gewerkschaften in harte, geschlossene Kampfscharen zu verwandeln, den Arbeitern den Weg zum Erstschlag, zur Wiedereroberung des Achtstundentages und der menschenwürdigen Löhne zu zeigen.

Fort mit diesem Schiedsspruch! Schluß mit jedem Schlichtungsschwindel! Her mit dem Kampf am den Achtstundentag! Heraus aus den Betrieben nach acht Stunden!

Wachsende Gegenaktion gegen Tschangkaifschet

(Eig. Draht.) London, 23. April.

Aus London treffen zahlreiche Meldungen über die wachsende und erfolgreiche Gegenaktion der wertigen Massen und der revolutionären Raumintelligenzorganisationen gegen den Herrscher Tschangkaifschet ein.

Im allgemeinen sind die englischen Berichte in Bezug auf den Erfolg Tschangkaifschets bedeutend weniger zuverlässig als in den ersten Tagen.

So berichtet „Times“ aus Schanghai, daß es ein Verbot wäre, anzuweisen, die Macht der Radikalen in Südhain sei gebrochen. Die Hanfauer Revolutionsregierung hat nach demselben Bericht mit der Mobilisierung harter Truppenabteilungen in der Richtung nach Nanking begonnen, um den Herrscher Tschangkaifschets, Wu, der sicherlich bedroht ist, die Macht der Hanfauer Regierung zu untergraben, mußte in einer Unterredung geben, daß diese über starke Truppenkräfte verfüge und daß die Zahl der Hanfauer treuen Revolutionsstruppen allein in den beiden Provinzen Hupe und Szechuan 70 000 Mann betrage.

Uneinigkeit im Lager der Herrscher

(Eig. Draht.) Berlin, 23. April.

Nach bürgerlichen Mitteilungen aus London behaupten die letzten Berichte aus China, daß Tschangkaifschets Stellung keineswegs als gesichert angesehen werden kann. Selbst seine Revolutionsbildung löst auf erhebliche Schwierigkeiten, und es ist ihm bisher nur gelungen, einen politischen Rat aus seinen Anhängern zu bilden. Unter diesen aber bestehen starke Zweifel über seine Fähigkeit, seine militärische Stellung zu befestigen. Es soll bereits zu den ersten Zusammenstößen zwischen seinen Truppen und jenen der Hanfauer Regierung gekommen sein, während die Kämpfe mit den Nordtruppen aufgehört haben. Vermutlich deshalb, weil gewisse Beziehungen zwischen Tschangkaifschet und Tschangkaifschet bereits im Gange sind.

Taten von den Herrschern abgelehnt

(RTB.) Nanking, 22. April. (Reuter.)

Die neue „nationalistische“ Regierung hat Dr. Tschangkaifschet zum Minister des Auswärtigen ernannt. Minister Tschet wird noch solange im Amt bleiben, bis die Angelegenheit des Zwischenfalls von Nanking geregelt ist.

Vor dem imperialistischen Ueberfall auf die Hanfauer Regierung

(Eig. Draht.) Berlin, 23. April.

Der französische Botschafter in Nanking, M. de la Motte, meldet: Die französische Regierung ist vollkommen bereit, sich gemeinsamen Schritten gegen Nanking anzuschließen. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß Tschangkaifschet nicht behandelt werden müsse, damit der sogenannte chinesische Nationalismus nicht

zum Kommunismus zurückgeführt werde und „das Tschangkaifschet, der chinesische Nationalist, nicht ebenso behandelt werden kann wie Feng, der Komplotte Vorwärt.“

Nach einer Reuter-Meldung wird angenommen, „da Nanking jetzt die de facto (tatsächliche) Regierung ist, daß die Mächte ihre Note der Nanking Regierung überreichen werden. Das Nanking Hauptquartier legt voraus, daß Tschangkaifschet sofort allen Forderungen nachkommen werde.“

Die Imperialistenpresse verbreitet lächerliche Gerüchteleien aus Nanking, wo Massenmordungen, Ueberfälle auf Fremde usw. an der Tagesordnung sein sollen. Das ist die Stimmungsmache zum bevorstehenden imperialistischen Ueberfall auf die Hanfauer Revolutionsregierung.

Protokoll der Seeleute in Kanton

(RTB.) Hongkong, 22. April. (Reuter.)

Die Gewerkschaft der chinesischen Seeleute hat zum Zeichen des Protestes gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften seitens der neuen Regierung über alle im Hafen von Kanton liegenden chinesischen wie ausländischen Flaggschiffe mit sofortiger Wirkung den Streik verkündet.

Englische Gewerkschaften gegen die Truppentransporte

(Eig. Draht.) London, 23. April.

Der Vorstand des englischen Bauarbeiterverbandes veröffentlicht eine Resolution, in der mit Rücksicht auf die beunruhigenden weitere fortwährenden englischen Truppentransporte nach China die gesamte Arbeiterklasse aufgefordert wird, die Truppen- und Munitionstransporte nach China mit allen Mitteln zu verhindern und das Volk über die großen Gefahren des Krieges aufzuklären. „Es ist höchste Zeit“, heißt die Resolution, „dem englischen Volk die Grausamkeiten und Verwüstungen des letzten Krieges in Erinnerung zu rufen und energisch die Resolution, „dem englischen Volk die Truppen in China bedeutet eine Gefahr des Friedens, eine fortwährende Provokation.“

Erhöhte Kriegsgefahr auf dem Balkan

(Eig. Draht.) Berlin, 23. April.

Die die „Post“ 22. April, hat der italienisch-jugoslawische Konflikt in den Dierstagen in beträchtlichem Maße an Schärfe zugenommen, und die Situation heute gespannter als je seit dem französischen Balkanvertragsparität heute kein Zweifel daran, daß es einer ernstlichen Beunruhigung Veranlassung gegeben ist. Das französische Auswärtige Amt macht in einer kurzen Note Italien für die neue Zuspitzung des Konfliktes verantwortlich.



Schöffengericht Weißenfels

Der Kaufmann Hermann Dauer, Querfurt, ist beschuldigt, den...

Der Hagarrenfabrikant Bruno Gehr, Zeitz, wird beschuldigt, in...

Die Angeklagten Hermann Schneider, Karl Büdler, Heinz...

Die Geschw. Otto Artur und Franz Gräß, Weißenfels, sind...

Aus der Unterlassungshaft werden vorgeliefert der Rechtsföhrer...

Der aus der Unterlassungshaft vorgelieferte Ulfmader Wöllch ist...

„Mehr Milch“

Auf allen Wädhöfen dringt uns durch manche Kanäle die...

Dafür gibt aber der sogenannte Reichsmilchzuschuß, der wohl...

Das Reichsland des Milchverbrauchs und auswendiges Kinder...

Weißenfels. Auszahlung der Unterführung für Sozial- und Kleintier...

Technik. Folgen des Verzahns. Durch die Ausschachtungen...

Naumburg. Mierelei Neues. Zum Topfmarkt hat...

Wunder des Wiederaufbaues

Brailsford, ein Nichtkommunist über die Wirtschaftslage der Sowjetunion

Immer wieder kann man feststellen, daß die sozialdemokratischen...

Brailsford über die Wunder des Wiederaufbaues in Sowjet-

folgendes: „Das Leben in Rußland ist heiter, sogar lustig. Der Grad...

Die Krippe hat sich vergrößert und ausgebildete Kinder-

Mansfeld-Sangerhausen

Die Kommunisten fordern Einberufung des Kreistages,

um endlich ausreichende Mittel zur Behebung der Wohnungsnot...

Vergeßlichkeit des Kreislehrer Massen

Bei der kirchlichen Zeremonie zum Palmsonntag verpaß der hiesige...

Jungarbeiter! Müßt ihr zum 1. Mai

An diesem Tage müßt ihr an der Spitze demonstrieren...

Gallega. Baumfresser. Immer wieder gibt es Menschen, die...

Gallega. Nun wer sagt es denn! Wir sind auf dem besten Wege...

Seitern bedient werden können, soll nächste Woche offiziell eröffnet...

„In diesen beiden Fabriken, in der alten wie in der neuen, ist...

Das Schlimmste ist, daß ich heute keinen Zweifel, daß die Masse...

Dieses Urteil ist ein unangenehmes über den mit Rücksicht...

Besser und überzeugender kann niemand über die Wunder des...

„Segen“ nicht ergibt. Als der Pastor bis auf das Schöne...

Falkenjugend lernt schießen

Die Jungschützen-Abteilung der Heisterdorfer Bürgerföhrer...

Schraplau. Einen Fescheid bildet die Dungkiste des hiesigen...

Weisdorf. Unter Genosse Springensatz behagt jetzt ein...

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: Der Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verkauf und Druck: Vertriebs-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Halle, Vertriebsstraße 11.

Einzelnummer: 13 Pfennig für den Vierteljahr 50 Pfennig und Spalte; 70 Pfennig für Restante im Vierteljahr. Anzeigenpreise zu richten nach Halle, Vertriebsstr. 11. Tel. 21045, 21047, 22551. Telegramm-Adresse: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Postfachnummer: Leipzig 1908 & Reichs-Post.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Sonnabend, 23. April 1927

7. Jahrgang * Nr. 95

Provokativer Schiedsspruch im Bergbau

10 1/2 Stunden im Tagebau und Abraum, 11 Stunden in Brikettfabriken
Bergarbeiter! Geht morgen auf der Konferenz in Halle die Antwort:

Schluß mit dem Schlichtungsschwindel! Am 2. Mai nach 8 Stunden heraus aus den Betrieben!

(WZB.) Berlin, 22. April.

In der Arbeitszeiterfrage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurde nach zweitägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, der mit Wirkung vom 1. Juli an eine Verkürzung der Schichtzeit im Gruben- und Abraumbetrieb von 12 auf 10 1/2 Stunden, in Brikettfabriken, Kesselhäusern, Schmelereien und anderen durchlaufenden Betrieben von 11 Stunden auf eine Verkürzung der Schichtzeit von 12 auf 11 Stunden vorsieht. Diese Regelung läuft unfindbar bis zum 30. Juni 1928 und ist von da an mit leistungswirksamer Frist zum vierzehntägigen Rücktritt fähig. Die Parteien haben sich bis zum 23. April über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu erklären.

Das Reichsarbeitsministerium hat die Hoffnungen der Braunkohlenarbeiter nicht enttäuscht. Ihre Wünsche werden durch den Schiedsspruch zelllos erfüllt. Wenn der Schiedsspruch überhaupt eine Verkürzung der Schichtzeit im Tagebau und Abraumbetrieb vorsieht, die um eine halbe Stunde über den Vorbehalt des Schiedsspruches der Sachverständigen hinausgeht, so darf kein Arbeiter sich dadurch beirren lassen. Der vollständige Text des Schiedsspruches liegt noch nicht vor, es ist aber anzunehmen, daß jene untragbaren Bestimmungen des Gutachten, wonach der zwölfstündige in jedem Falle unverzüglich bleiben muß, wenn es die „wirtschaftlichen Verhältnisse“ des Wertes erfordern, auch im Schiedsspruch erhalten sein werden. Das bedeutet in der Praxis, daß die Unternehmer in der überzogenen Mehrzahl der Fälle die Möglichkeit haben, jede Verkürzung der Arbeitszeit zu sabotieren und den bisherigen zwölf-, vierzehn- und sechszwanzigstündigen Tag zu erhalten.

Der Schiedsspruch ist auch in inhaltlicher Hinsicht eine treue Kopie des Gutachten. So wird die neue Arbeitszeit erst mit Wirkung vom 1. Juli an vorgezogen, einfach weil das Gutachten, dieses jämmerliche Maßwerk von Schwindeln und Inzidenzen, dieses für „wirtschaftlich nötig“ erklärt.

Nach Standorten sind die Bestimmungen betreffs der Brikettfabriken und Schmelereien. Hier soll die Verkürzung der Schichtzeit eine Stunde betragen und erst vom 1. Oktober an in Gültigkeit treten. Diese Sonderbestimmungen sind ein Extragebiet für die großen mitteldeutschen Brikettfabrikbesitzer, die im Laufe der letzten Jahre die glänzendsten Geschäfte gemacht haben. Die Verewigung des 11- und 12-Stunden-Tages für die Schmelereien ist ferner ein besonderer Wunsch des Zuckerraffinerien- und Brauereibereichs, die sich jetzt auf den Braunkohlen-Abraumgewinn und Verrechnung geworfen hat (Chemierück, Nickel-Montan, WEG). Wenn man bedenkt, daß der Lohnanteil hier noch viel geringer ist als im eigentlichen Bergbau, so wird der beispiellose Schwindel der Berufung auf wirtschaftliche Notwendigkeit besonders deutlich.

Für den Tagebau sieht der Schiedsspruch überhaupt keine Verkürzung der Arbeitszeit vor. Auch dies vollständig in Uebereinstimmung mit dem bestellten Gutachten.

Der Mittelpunkt des Standals wird erreicht durch die Festbestimmung des neuen Schiedsspruches. Danach soll diese Regelung bis zum 30. Juni 1928 unfindbar laufen, so daß den Bergarbeitern 15 Monate lang jede Möglichkeit genommen werden soll, ihr Schicksal zu ändern.

„Was wird Herr Brauns tun?“ Diese Frage wurde in demnächstigen Werke in der sozialdemokratischen Presse gestellt. Platzt sie mit dem Zweifel, die Zeit der Kampfmobilisierung mit unartigem Warten zu verbringen.

Die Antwort ist eingetroffen. Sie bestätigt vollumfänglich unsere Voraussage. Seitdem schreiben wir: „Schiedsspruchverbindlichkeits-erklärungen können in irgendeiner Weise hintereinander erfolgen. Man will die Bergarbeiter vor vollendete Tatsachen stellen.“ Der Schiedsspruch bestätigt auch in dieser Hinsicht unsere Einschätzung der Pläne der Unternehmertum. Bis zum 23. April, d. h. bis Montag, sollen sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches erklären. Dann erfolgt die Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers, durch welche das Schiedsspruches der Braunkohlenarbeiter in „gesetzlichen Formen“ für weitere ein- bis zwei Jahre verlängert werden soll.

Was wird der Bergarbeiterverband tun? Der Schiedsspruch ablehnen. Darüber besteht freilich kein Zweifel. Aber das interessiert die 80 000 Bergarbeiter in Mitteldeutschland

wirklich am allerwenigsten. Befanlich hat der Bergarbeiterverband Ende Dezember 1926 den Schiedsspruch auch abgelehnt, um nachher vor der Verbindlichkeitsklärung zu kapitulieren. Die Ablehnung des Schiedsspruches ist ohne Kampfanzeige der Verbindlichkeitsklärung und dem gesamten Schlichtungsschwindel eine leere Geste. Noch mehr: eine gefährliche Fälschung der Arbeiterkraft!

Der Plan einer völligen Annullierung der Arbeiterkraft durch die Verbindlichkeitsklärung ist so deutlich, daß ihn auch der letzte indifferenteste Arbeiter begreifen muß. Was der Bergarbeiterverband? Was ist die Gewerkschaftsleiter auf die Frage: „Was geschieht nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches?“ Die Antwort schuldig geblieben.

In diesen Tagen, heute und morgen, müssen die Bergarbeiter noch einmal ihre Stimme erheben und wiederholen, was in diesen Wochen in Tausenden von Gesprächen und Diskussionen in den Gruben zu hören ist: „Wir sind bereit, unter der Führung der freien Gewerkschaften zu kämpfen. Wir haben deshalb uns in die Listen eingetragen. Aber wir wollen uns dann nicht durch die Berufung auf die heiligen Gehege vom Kampf abhalten lassen.“

Wir weisen auf die Maßprüche dieses Parlaments der Kaufleute und Arbeiterführer.

Die Führung des Bergarbeiterverbandes hat noch die Gelegenheit, das Verhängnis nachzuholen, die solange verschleppte Mobilisierung der Betriebe angeht, die provokativen Schiedsspruches nun doch anzunehmen und endlich einmal ihre Aufgabe zu erfüllen. Geschieht dies nicht, so werden die Arbeiter leben, was sie von dem Vorpreschen der reformistischen Führer zu halten haben. Die Zeiten sind darüber, wo man die Frage der Verantwortung durch eine billige Geste gegen die Kommunisten ausweichen konnte. Die Belegschaften in den größten und wichtigsten Gruben haben erkannt, daß es den oppositionellen Gewerkschaften nur darauf ankommt, die Gewerkschaften in starke, geschlossene Kampfverbände zu verwandeln, den Arbeitern den Weg zum Erstlingskampf, zur Wiedereroberung des Achtstundentages und der neunhundertfachen Löhne zu zeigen.

Fort mit diesem Schiedsschieds! Kampf mit jedem Schlichtungsschwindel! Her mit dem Kampf am den Achtstundentag! Heraus aus den Betrieben nach 8 Stunden!

Wachsende Gegenaktion gegen Tschangkaifang

(Fig. Draht.) London, 22. April.

Aus London treffen zahlreiche Meldungen über die wachsende und erfolgreiche Gegenaktion der werktätigen Massen und der revolutionären Kominternorganisationen gegen den Herrscher Tschangkaifang ein.

In allgemeinen sind die englischen Berichte in bezug auf den Erfolg Tschangkaifangs bedeutend weniger zuverlässig als in den

zum Kommunismus zurückgegriffen werden und „das Tschangkaifang, der chinesische Nationalist, nicht eben behandeln werden kann wie Fong, der Komplize Borodins“.

Nach einer Reuters-Meldung wird angenommen, „da Kwantung jetzt die de facto (tatsächliche) Regierung ist, daß die Mächte ihre Rolle der Kwantung Regierung überlassen werden. Das Kwantung Hauptquartier sagt voraus, daß Tschangkaifang sofort allen Forderungen nachkommen werden.“

Die Imperialistenpresse verbreitet lägenhafte Gerüchte aus Hankau, wo Massenmordaktionen, Verhaftungen auf Hunderte an der Tagesordnung sein sollen. Das ist die Stimmungsmache zum bevorstehenden imperialistischen Ueberfall auf die Hankeuer Revolutionsregierung.

Protokollstreit der Seeleute in Kanton

(WZB.) Hongkong, 22. April. (Reuters.)

Die Gewerkschaft der chinesischen Seeleute hat zum Zeichen des Protestes gegen die Unterdrückung der Gewerkschaft seitens der neuen Regierung über alle im Hafen von Kanton liegenden chinesischen wie ausländischen Kreuzdampfer mit sofortiger Wirkung den Streik verkündigt.

Englische Gewerkschaften gegen die Truppentransporte

(Fig. Draht.) London, 22. April.

Der Vorstand des englischen Banarbeiterverbandes veröffentlicht eine Resolution, in der mit Rücksicht auf die beunruhigenden weiter fortbauenden englischen Truppentransporte nach China die gesamte Arbeiterkraft aufgefördert wird, die Truppen- und Munitionstransporte nach China mit allen Mitteln zu verhindern und das Volk über die großen Gefahren des Krieges aufzuklären. „Es ist höchste Zeit“, heißt die Resolution, „dem englischen Volk die Grausamkeiten und Verwüstungen des letzten Krieges in Erinnerung zu rufen und energisch zu handeln. Die Annäherung der Truppen in China bedeutet eine Gefahr des Friedens, eine fortwährende Provokation.“

Erhöhte Kriegsgefahr auf dem Balkan

(Fig. Draht.) Berlin, 23. April.

Wie die „Voss. Zig.“ mitteilt, hat der italienisch-jugoslawische Konflikt in den Oertragen in beträchtlichem Maße an Schärfe zugenommen, und die Situation heute gespannter als je sei. Im französischen Auswärtigen Amt macht man im Gegenzug zu der bisherigen Vertuschungspolitik heute kein Hehl daraus, daß zu einer ernstlichen Beunruhigung Veranlassung gegeben sei. Das französische Auswärtige Amt macht in einer scharfen Weise Italien für die neue Zuspitzung des Konfliktes verantwortlich.



(Fig. Draht.) Berlin, 23. April.

Der französische Korrespondent des „Telegraph“ meldet: Die französische Regierung ist vollkommen bereit, sich gemeinsamen Schritten gegen Dankau anzuschließen. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß Tschangkaifang mit der Befugnis, werden müßte, damit der sogenannte chinesische Nationalismus nicht